

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

8.6.1913 (No. 153)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 153

Sonntag, den 8. Juni 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P
Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben unter dem 29. Mai 1913 gnädigst geruht, den Direktor des Gymnasiums in Durlach, Dr. Joseph May, auf sein untertänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen und treu geleisteten Dienste und unter Verleihung des Titels „Geheimer Hofrat“ auf Schluß des laufenden Schuljahres, d. i. den 11. September 1913, in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben unter dem 29. Mai 1913 gnädigst geruht, die Direktoren Friedrich Klein am Gymnasium in Tauberbischofsheim und Dr. Joseph Jäger am Realgymnasium in Ettenheim in gleicher Eigenschaft, ersteren an das Gymnasium in Durlach, letzteren an das Gymnasium in Tauberbischofsheim zu versetzen.

Seine Exzellenz der Herr Erzbischof hat die Pfarrei Gauangeloch, Dekanats Heidelberg, dem Pfarrverweser Alois Schwing in Gauangeloch verliehen.
Der Genannte ist am 25. Mai 1913 kirchlich eingesetzt worden.

Durch Entschliegung des Großh. Ministeriums des Innern vom 31. Mai 1913 ist Bauinspektor Leopold Rothmund in Karlsruhe zur Bauinspektion für das Bürgerwerk in Forbach versetzt worden.

Die Zoll- und Steuerdirektion hat unterm 28. Mai 1913 den Steuerkontrolleur Ernst Erlacher in Mähren nach Konstanz versetzt und mit der Vernehmung der Vorsteherstelle beim Nebenzollamt I am Kreuzlinger Tor daselbst betraut.

Gestorben:

am 19. Mai d. J.: Seger, Hermann, Zollverwalter in Konstanz.

Veränderungen im Gerichtsvollzieherdienst betr.

Gerichtsvollzieher Gottfried Niehle in Forzheim wurde aus dem staatlichen Dienst entlassen.
Karlsruhe, den 4. Juni 1913.

Ministerium

des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.
Der Ministerialdirektor:
Hübisch, Sarfisch

Die staatsärztliche Prüfung betr.

Der Hilfsarzt an der Großh. Heil- und Pfllegeanstalt Illenan, Dr. Alfred Pfunder aus Auggen, hat sich in der landesherlichen Verordnung vom 19. August 1896 (Ges. u. Verord.-Blatt S. 251) vorgeschriebenen Prüfung für Staatsärzte unterworfen und ist für bestanden erklärt worden.
Karlsruhe, den 30. Mai 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:
Glochner, Eberle

Den Ingenieurpraktikanten Kurt Holzmann aus

Zu Einverständnis mit dem Großh. Ministerium der Finanzen wurde Ingenieurpraktikant Kurt Holzmann aus Lehr auf Ansuchen in der Liste der Ingenieurpraktikanten gestrichen.
Karlsruhe, den 3. Juni 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:
Glochner, Jung

Die Ernennung der bürgerlichen Mitglieder der

Obererjakommissionen betr.
Zum bürgerlichen Mitglied der Obererjakommission im Bezirke der Landwehrinspektion Karlsruhe, soweit derselbe die Aushebungsbezirke Durlach, Ettlingen, Karlsruhe, Forzheim, Bretten und Bruchsal umfaßt, für das Jahr 1913 wurde ernannt:

Bezirksrat Stadtrat Robert Oertag in Karlsruhe und zu dessen Stellvertreter Bezirksrat Branereibischer Friedrich Pring ebenda.

Karlsruhe, den 6. Juni 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:
Glochner, Jung

Das Badische Staatsschulbuch betr.

Der Kurs für Voreinzahlungen auf 4 % ige Buchschulden beträgt bis auf weiteres 97,80 M. für 100 M. Buchschuld.

Karlsruhe, den 7. Juni 1913.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 7. Juni.

* Politische Wochenrückblicke.

Reichstag und Wehrvorlage.

In dem Haushaltsausschusse des Reichstages, der die Wehr- und Deckungsvorlagen zur zweiten Lesung im Plenum vorzubereiten hat, ist bisher nur einmal rasche Arbeit geleistet worden: bei der zweiten Lesung der Wehrvorlage. Auch die dann folgende Beratung des Wehrbeitrags schien einen guten Anlauf zu nehmen. Die grundsätzliche Zustimmung aller Parteien lag vor; einem Unterausschusse schien es beschieden zu sein, unter Mitwirkung der Regierung schnell eine Einigung zu finden; dann aber kamen die Beratungen ins Stocken; der Unterausschuss kam zu keinem Beschlusse, sondern mußte die verschiedenen Vorschläge unerledigt an den Hauptausschuss weitergeben. Dort wurde erst am Donnerstag ein Beschluß gefaßt, durch den in Verbindung konservativer und fortschrittlicher Vorschläge eine Staffellung des Beitrags vom Vermögen festgesetzt wurde. Eine vorläufige Einigung über die untere Grenze, bis zu der bei Heranziehung von Vermögen (10 000) und Einkommen (5000) gegangen werden soll, wurde unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Vermögen und Einkommen am Freitag herbeigeführt. Diese Verzögerung der Deckung muß beklagt werden. Wenn man aber deshalb auch die Erledigung der Wehrvorlage verzögern würde, würde die Sache nicht besser, sondern schlimmer. Es kann nur mit dem größten Nachdruck, wie es auch der Kommission seitens des Staatssekretärs des Reichshausamtes Mißlin geschahen ist, auf die Dringlichkeit der Deckung hingewiesen werden; wenn aber die Parteien sich darüber nicht einigen, wenn sie es weder über sich gewinnen können, die Vorschläge der verbündeten Regierungen sich zu eigen zu machen, noch sich selbst einen gangbaren Weg aufzeigen, dann darf unter diesem Parteistreit wenigstens nicht die Wehrvorlage leiden. Nur noch drei Wochen trennen uns von Anfang Juli. Dieser ist als der späteste Termin zur Erledigung der Wehrvorlage bezeichnet worden, wenn anders zum 1. Oktober die vorgesehene Organisationsänderungen im Heere in Kraft treten sollen. Erfahrungsgemäß ist es sehr schwer, den Reichstag in heißen Julitagen zusammenzuhalten. Mit dem Wünschenswerten scheint, wie so oft, das Erreichbare in Streit treten zu sollen. Jedenfalls darf der Ausweg aus den Schwierigkeiten nicht in der Verzögerung der Wehrvorlage gesucht werden.

Die internationale Lage.

Botschaftervereinigung in London, Finanzkommission in Paris und jetzt angeblich eine Petersburger Konferenz zur Entscheidung der Streitigkeiten zwischen Bulgarien und Serbien — es scheint, daß jede der Hauptstädte der zum Dreierband gehörenden Mächte ihre besondere Konferenz haben soll.

In Petersburg ist bereits die Verständigung zwischen Bulgarien und Rumänien besiegelt worden, die nach allgemeiner Annahme auf friedlichem Wege Silistria an Rumänien bringt, die aber noch nicht der Öffentlichkeit übergeben ist. Jetzt heißt es, daß der französische Botschafter in Petersburg, Delcassé, der englische Botschafter Buchanan und die russische Regierung berufen seien, die Einigung zwischen den um ihre Eroberungen streitenden Balkanstaaten herzustellen. Zweifellos hat das

Verhältnis zwischen Bulgarien und Serbien erhebliche Schärfe angenommen, doch brauchte, als diese Zeilen niedergeschrieben wurden, die Hoffnung auf friedliche Lösung noch nicht aufgegeben zu werden. Ob aber wirklich, wie in der Presse behauptet wird, der Dreierverband die Aufgabe des Schiedsrichters übernehmen wird, ist noch nicht klar. Die Balkanstaaten können auf Grund ihres Bündnisvertrages sich an Rußland wenden und diesem Staate den Schiedspruch überlassen. Bei der Beteiligung Rußlands an dem Zustandekommen des Balkanbundes und bei der Rolle, die der russische Minister des Äußeren Sazonow sich in seiner wirkungsvollen Mahnung an Montenegro, dem Willen der Mächte nachzugeben, beigelegt hat, könnte man annehmen, daß Rußland sich das Schiedsrichteramt nicht gern entgehen lassen wollte. Es ist aber auch möglich, daß Rußland das Risiko scheut und die Grundlage des Schiedspruchs zu verbreitern wünscht. In Deutschland hat man sich immer auf den Standpunkt gestellt, die Balkanstaaten sollten ihre Streitigkeiten unter sich ausmachen. Dank ist bei einer Vermittlung nicht zu erwerben, recht machen kann man es doch keinem Staat. Eine stürmische Meinung, an der Vermittlung mitzuwirken, besteht also auf deutscher Seite nicht. Anders ist es mit der französischen Regierung; der Minister Richon hat vor der Kammer die Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Vermittlung zu übernehmen. Wie es mit England steht, ist nicht bekannt geworden. Sollte schließlich eine russisch-französisch-englische Vermittlung erfolgen, so braucht Deutschland sich nicht benachteiligt zu fühlen und es wird sich auch nicht ausschließen, wenn eine Aktion aller sechs Großmächte gewünscht wird.

Die Pariser Finanzkommission ist zusammengetreten. Die Eröffnung ist gemäß einer Bestimmung des Londoner Vorfriedens, 5 Tage nach dessen Unterzeichnung formell erfolgt. Die Kommission besteht nicht nur aus Diplomaten, sondern es sind eine Reihe von Finanzfachleuten zugezogen. Auf die Leute, die ein so großes Mißtrauen gegen die amtliche Diplomatie haben, wird das beruhigend wirken. Von deutscher Seite sind Männer wie Helfferich (Deutsche Bank) und Schwabach (Weichröder) zugezogen. Man darf annehmen, daß die Mitwirkung dieser Geschäftsleute, die auch sonst in Anspruch genommen sind, dazu helfen wird, die Beratungen abzukürzen. Zunächst galt es, durch Einsetzung von Unterausschüssen die Arbeit zu teilen. Was nun das allgemeine Programm der Finanzkommission angeht, so kann unmöglich als die Aufgabe der Pariser Kommission betrachtet werden, das Nachfragen auf dem Balkan fortzusetzen, für die einzelnen kriegführenden Staaten etwas herauszuschlagen und ihre Differenzen so oder so auszugleichen. In Paris muß das Interesse der europäischen Gläubiger der Türkei im Vordergrund stehen. Merkwürdigerweise ist die Stimmung in Frankreich geteilt. Eine Strömung will die Pariser Konferenz rein politisch ausnutzen, und vor allen Dingen eine gemeinsame französisch-russische Front herstellen. Natürlich soll dann England hinzutreten und der Dreierverband gegen den Dreierbund wirken. Diese Politik wird durch den „Temps“ vertreten. Die andere Strömung, die u. a. vom „Journal des Débats“ angezeigt wird, verlangt, daß zunächst die großen Interessen der französischen Gläubiger berücksichtigt werden. Auch diese Seite versieht sich der russischen Unterstützung. Es leuchtet ein, daß Deutschland mit dieser Richtung ersprießlich wird zusammenarbeiten können. Deutschland wird eine sachliche Politik befürworten, die von den Gläubigern der Türkei Schaden abwendet. Die Verzinsung und die Rückzahlung der Schulden der alten europäischen Türkei muß nach Übergang des größten Teils des europäischen Besitzes der Türkei an andere Staaten gewährleistet werden. Darin sollte ganz Europa sich einig werden.

Die Londoner Botschaftervereinigung soll, nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus in ihrer Donnerstagssitzung erhebliche Fortschritte in der Beratung der albanischen Verfassung, der albanischen Südgrenze und des Schicksals der Agäischen Inseln gemacht haben. Das albanische Statut war gemäß einem Auftrage der Botschaftervereinigung von Österreich-Ungarn und Italien ausgearbeitet worden; dieser Entwurf ist in weitere Behandlung genommen. Die Meinung der Botschaftervereinigung scheint dahin zu gehen, daß die Südgrenze Albaniens und das Schicksal der Agäischen Inseln mit ein-

ander in Verbindung gebracht wird; dem griechischen Staate scheint ein Verzicht auf albanisches Gebiet angehen zu werden, wenn es seine Wünsche bezüglich der Agäischen Inseln, erfüllt sehen will.

Die preussischen Landtagswahlen.

Das preussische Herrenhaus und das neugewählte Abgeordnetenhaus sind zum 12. Juni einberufen worden. Die Einberufung war nötig, weil das Abgeordnetenhaus vor der Neuwahl aufgelöst worden war. Es ist anzunehmen, daß die Tagung nur kurz sein und hauptsächlich formelle Bedeutung haben wird. Das Ergebnis der Wahlen und die dadurch erfolgte Verschiebung in der Stärke der Parteien ist bereits mitgeteilt worden. Die Konservativen ziehen mit 148 Abgeordneten in das Haus in der Prinz Albrechtstraße ein. Voraussichtlich werden noch der eine Deutschsozialist und der eine Christlichsozialist in nähere Beziehungen zur konservativen Partei treten, so daß diese 150 Stimmen einzusetzen hätte. Das sind 5 Stimmen weniger, als die Partei am Schluß der Legislaturperiode besaß, nur zwei Stimmen weniger als am Anfang der Legislaturperiode. Welche Ziffern man auch zugrunde legen möge, die vom Anfang oder vom Ende bestehende Verlust der Freikonservativen, ein Gewinn der Nationalliberalen und eine Verstärkung der Sozialdemokraten (auf 10 Sitze). Die fortschrittliche Volkspartei konnte ihren Besitzstand ein wenig stärken, aber nur durch eine Verständigung mit der Sozialdemokratie. Im Wahlkreis Ober- und Niederbarnim, der vor den Toren Berlins liegt, und drei Abgeordnete zu stellen hat, drangen die Sozialdemokraten durch, weil die auf die Kandidaten der vereinigten liberalen Parteien gewählten Wahlmänner sich zum größten Teil der Stimmabgabe enthielten. Eine Gegenleistung der Sozialdemokratie erfolgte in mehreren anderen Wahlkreisen. In einem Teil der fortschrittlichen Presse, so im „Berliner Tageblatt“, ist eine derartige Verständigung mit Bezeichnung der Wahlkreise offen gefordert worden; eine Kundgebung seitens der Hauptstelle der fortschrittlichen Partei ist aber nicht erfolgt. Zu beachten ist, daß durch das Wahlabkommen zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlichen in Brandenburg eine Sonderverständigung mit einer dritten Partei ausdrücklich verwehrt war; schon dadurch war der Fortschritt in seinen öffentlichen Kundgebungen eingeschränkt. Außerdem scheint man in der leitenden Stelle der Partei die Gefahren eines offenen Abkommens mit der Sozialdemokratie erkannt zu haben. Man hat umgekehrt Wert darauf gelegt, den Konservativen die Unterstützung der Sozialdemokratie nachzusagen. Es ist dies geschehen im Hinblick auf das Verhalten der Konservativen in den Berliner Wahlkreisen, das nach fortschrittlicher Behauptung auf eine „indirekte Unterstützung der Sozialdemokratie“ hinauslief. Von dem Verhalten der Konservativen unterschied sich das der Freikonservativen, die ausdrücklich für Berlin die Lösung ausgaben: immer für den bürgerlichen Kandidaten. Von fortschrittlicher Seite wird sogar behauptet, daß die Unterstützung der Sozialdemokratie bei den diesmaligen Landtagswahlen von den Deutsch-konservativen begonnen sei. Die Konservativen ihrerseits rechtfertigen ihr Verhalten mit früheren Handlungen des Fortschritts; dieser Streit und die Frage, wer „angefangen“ hat, pflegt, wenn nicht allgemein bekannte, umfassende Handlungen von einer Seite vorliegen, ergebnislos zu verlaufen.

Unter den Wirkungen der Wahlen darf nicht die Verminderung des polnischen Besitzstandes um zwei Mandate vergessen werden. Dieses erfreuliche Geschehnis ist der Einigkeit der deutschen Parteien, unter denen das Zentrum diesmal nicht fehlte, zu danken. Fast man die innere Zusammenziehung der einzelnen Parteien ins Auge, so ist der Eintritt des sozialdemokratischen Bergarbeiterführers Gué (für Neukölln-Schöneberg) und des „Agrarier“ Hänisch (Ober- und Niederbarnim), der ein Neffe des bisherigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Grafen Schwerin-Pöwitz sein soll, bemerkenswert. In der nationalliberalen Fraktion hat sich die Zahl der Abgeordneten, die der sogenannten altnationalliberalen Richtung anhängen, vermehrt. Namentlich in der Provinz Westfalen, in der diese Richtung stark vertreten ist, waren die Wahlergebnisse für die Nationalliberalen günstig; deren Erfolg und der eigene Mißerfolg ist auch von sozialdemokratischer Seite offen anerkannt worden. In der Provinz Schleswig-Holstein, wo ebenfalls die altnationalliberale Gesinnung verbreitet ist, wurden die bisherigen drei nationalliberalen Abgeordneten wieder gewählt; es gelang nicht, den Hensburger Sitz hinzuzuerwerben; dieser blieb den Fortschrittlichen durch Unterstützung der Sozialdemokratie erhalten, nachdem sie ihn das vorige Mal durch einen sonderbaren Pakt mit dem Bunde der Landwirte gewonnen hatten. Wer übrigens aus der gegenwärtigen Zusammenziehung der nationalliberalen Fraktion den Schluß ziehen würde, daß sie sich in parteipolitische Abhängigkeit von den Deutsch-konservativen begeben wird, dürfte durch die Ereignisse eines anderen belehrt werden; es ist vielmehr anzunehmen, daß die Fraktion eine selbständige und auch selbstbewußte Haltung einnehmen wird. Für die innere Entwicklung der fortschrittlichen Fraktion, des Zentrums und der beiden konservativen Parteien liegen bisher keine Anzeichen vor.

Pressestagung.

Die von langer Hand nach Düsseldorf einberufene dritte Jahresversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Presse hat mit der Schnelligkeit des Arbeitens, die den Mitgliedern des Pressestandes zur Gewohnheit geworden ist, auch zu dem Entwurfe eines Spionagegesetzes Stellung genommen. Die Bestimmungen des Entwurfes, die

sich auf die Verbreitung von militärischen Nachrichten durch die Presse beziehen, wurden in der Beratung und durch eine Entschliezung verworfen. Daß unter den Gegnern jener Bestimmungen der Vertreter einer nationalen Zeitung sich besonders scharf äußerte, verleiht dem Widerspruch Nachdruck. Der Verband glaubt, daß die meisten Wünsche der Seeresleitung durch ein engeres, vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Heer und Presse erfüllt werden würden. Auch uns leuchtet ein, daß eine rasche, klare Auskunfterteilung von berufener militärischer Seite und zwar sowohl von der Zentralstelle aus, wie in den kleinsten Orten von den dort stehenden Truppenteilen an die Lokalblätter viel Gutes stiften könnte. Fraglich aber erscheint uns, ob es angemessen ist, in die Auskunfterteilung grundsätzlich auch Tatsachen einzuschließen, deren Geheimhaltung zum Besten der Landesverteidigung erwünscht ist. Es kann zwar wünschenswert sein, daß den Zeitungen nahegelegt wird, über gewisse Geschehnisse, die mit der Organisation, der Mobilmachung und kriegsmäßigen Verhältnissen zusammenhängen, nicht zu berichten, wenn ohne diesen Wink die Tatsachen auch zugänglich wären und von den Zeitungen ohne böse Absicht gemeldet würden. Nach einer unnötigen Mitwisserschaft geheimer Tatsachen sollte die Presse aber nicht streben; diese Kenntnis wäre gerade für gewissenhafte Vertreter des Standes eine Last. Bei der engen gesellschaftlichen Verbindung, die in einigen deutschen Großstädten zwischen den Vertretern der in- und ausländischen Presse besteht, kann die Mitwisserschaft sogar ohne Benutzung der Druderschwärze zu einer nicht böswilligen Weitergabe an das Ausland führen. Weitere bedeutungsvolle Verhandlungen des Reichsverbandes betrafen die Heranbildung zum Journalisten und die soziale Fürsorge für Ständesgenossen.

Die letzten Phasen der Balkankrise.

* Die am Freitag abgehaltene Konferenz der Friedensdelegierten dauerte 3 1/2 Stunden. Die griechischen Delegierten wohnten der Sitzung bei, obwohl sie noch nicht die Zusicherungen, die sie von den Türken verlangten, erhalten haben. Ihre Anwesenheit wird als ein gutes Vorzeichen angesehen. In der Sitzung wurde lange über das Protokoll verhandelt und es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, die einige Delegierte veranlassen, an ihre Regierungen zu berichten.

Konstantinopel, 6. Juni. Die festsitzende Handelsreise erwägen den Plan, Konstantinopel zu einem Freihafen zu machen. Das Ergebnis der zur Klärung dieser Frage vorgenommenen Studien wird der Regierung binnen kurzem unterbreitet werden.

Die Wehrvorlage in der Budgetkommission.

Berlin, 6. Juni. In der Nachmittagsitzung der Budgetkommission wurde die Bestimmung in der Fassung angenommen, daß für die Beitragspflicht und die Ermittlung des Vermögenswertes der Stand vom 31. Dezember 1913 maßgebend ist. Bei landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben mit regelmäßigem Jahresabluß kann der Vermögensstand am Schluß des Rechnungsjahres zugrunde gelegt werden. Zu § 17, wonach andauernd landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich benutzten Grundstücken der Ertragswert, d. h. das 25fache des Reinertrags, zugrunde gelegt wird, lagen mehrere Abänderungsanträge vor. Die Debatte darüber wird morgen fortgesetzt.

Beschlossen ist darnach zurzeit folgendes: Einkommen von über 5000 Mark unterliegen auf alle Fälle dem Wehrbeitrag. Einkommen unter 5000 Mark werden dann berücksichtigt, wenn sie einem beitragspflichtigen Vermögen hinzuzurechnen sind. Vermögen unter 10 000 Mark bleiben ganz frei, Vermögen von 10 000 bis 30 000 Mark werden bei einem gleichzeitigen Einkommen von 5000 Mark, Vermögen von 30 000 bis 50 000 M. bei einem Einkommen von 3000 Mark besteuert. Das Vermögen beider Ehegatten wird zusammengerechnet. Für Familien von drei und mehr Söhnen, die ihrer Militärpflicht genügt haben, oder noch genügen sollen, tritt eine Ermäßigung von 10 Prozent ein.

Bei der Berechnung der Steuer werden Einkommen unter 50 000 Mark mit dem sechsfachen, von 50 000 bis 100 000 M. mit dem achtfachen, von 100 000 bis 200 000 Mark mit dem zehnfachen, von über 200 000 mit dem zwölffachen Betrag nach Abzug von 5 v. H. für Kapitalverzinsung als Vermögen in Anrechnung gebracht und den Sätzen der Vermögensabgabe unterworfen. Diese betragen nach dem gestrigen Beschluß von den ersten 50 000 M. 0,15 v. H., von den nächsten angefangen 50 000 M. 0,35 v. H. (bei 100 000 Mark also 0,25 v. H.), von den nächsten angefangen oder vollen 100 000 Mark 0,5 v. H., desgl. 300 000 M. 0,7 v. H., 500 000 Mark 0,85 v. H., 1 Million 1,1 v. H., 3 Millionen 1,3 v. H., 5 Millionen 1,4 v. H., höhere Beträge 1,5 v. H.

Politische Übersicht.

Die Anträge der elsass-lothringischen Regierung über Preis- und Vereinsgesetz.

SRK. Straßburg, 5. Juni.

Die Haltung der Parteien im Reichstag bei den Verhandlungen über die Interpellation betreffend das Preis- und Vereinsrecht in Elsaß-Lothringen läßt keinen Zweifel, daß die Vorlage in vorgeschlagener Form wohl nicht Gesetz werden wird. Die einzige Überraschung bei der Beratung bot die Rede des nationalliberalen Abgeordneten von Colfer, dessen Absage kaum mit den Anschauungen weiter deutsch-nationaler Kreise übereinstimmen dürfte. Es scheint, daß das Schlagwort „Ausnahmegesetz“ und die daran geknüpften Entrüstungsstürme selbst bei Politikern, die sich den nationalen Notwendigkeiten sonst nicht verschließen, eine ruhige Abwägung beeinträchtigt hat. Immerhin wird es dem Sprecher der nationalliberalen Partei zu denken geben müssen, daß er Zeitungsmeldungen zufolge den beson-

deren Glückwunsch des Abgeordneten Dr. Saegh, des Freundes und Gesinnungsgenossen des Herrn Wetterlé für seine Rede erhielt.

Es wird nun abzuwarten bleiben, welches Schicksal die Vorlage im Bundesrat haben, ob es vielleicht gelingen wird, den Wünschen der Mehrheit des Reichstags einerseits und der Forderung der elsass-lothringischen Regierung andererseits gerecht zu werden. Soviel ist heute schon sicher: das Vorgehen der Regierung hat in Elsaß-Lothringen wie ein luftreinigendes Gewitter gewirkt. Der Bevölkerung ist das Gewissen dafür geschärft worden, was das Deutsche Reich von ihr fordert und fordern muß. Keineswegs genügt die eine selbstgefällige Stellungnahme des Landtags und eines Teiles der Presse, das Volk werde sich schon von selbst des Nationalismus erhehren. Das sind Worte; dem Worte muß die Tat folgen. Das ist aber nicht der Fall, so lange Politiker vom Schlage des Abgeordneten Wetterlé und Genossen eine Rolle im politischen Leben spielen und daß sogar Wetterlé, wie das jüngst geschehen ist, zum Vorsitzenden einer wichtigen Landtagskommission gewählt wird. Es ist auch beispielsweise nicht der Fall, so lange eine Zeitschrift, wie das Witzblatt „Dur's Elsaß“ von Bislin tausende von Abonnenten im Lande findet, statt als elssassische nationale Schande empfunden zu werden.

Die Regierung kann den Vorwurf der Unfähigkeit wohl tragen, wenn es ihr durch ihr Vorgehen gelungen ist, das Gewissen des elsass-lothringischen Volkes aufzurütteln.

Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

* Die diesjährige, von über 1100 Mitgliedern besuchte 70. Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft wurde am Freitag abend 6 Uhr zu Straßburg in Gegenwart zahlreicher Ehrengäste durch den kaiserlichen Statthalter Grafen von Wedel, den derzeitigen Präsidenten der Gesellschaft, mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnet. Der Präsident dankte insbesondere dem Prinzen Joachim von Preußen für sein Erscheinen und gedachte sodann des 25. Regierungsjubiläums des Kaisers. Unter dem mächtigen Schutze Seiner Majestät habe Deutschland auf allen Gebieten des geistigen und materiellen Lebens einen ungeheuren Aufschwung genommen. Redner schloß mit dem Ausdruck herzlicher Dankbarkeit für die Segnungen des Friedens, indem er u. a. ausführte: Wir dürfen uns ihrer freuen und sie genießen und das um so mehr, als das deutsche Volk in achtunggebietender Rührung dasieht und da die deutsche Landwirtschaft, dieser stärkste Rückenwirbel unserer Wehrmacht, im Falle der Gefahr auf des Kaisers Ruf freudig den Pfug mit dem Schwerte vertauscht, um mit Gut und Blut einzutreten für des Reiches Sicherheit und Ehre. Das Gelöbnis unwandelbarer Treue bis in den Tod für Kaiser und Reich fand begeisterten Widerhall in dem dreifachen Hoch der Versammlung. An den Kaiser wurde folgendes Subjugationstelegramm gesandt:

„Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser! Ew. Kaiserl. und Königl. Majestät entbieten die zur 70. Hauptversammlung in Straßburg vereinigten Mitglieder der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft eifervollsten Subjugationsgruß. Sie gedenken dabei im Hinblick auf das bevorstehende Regierungsjubiläum Ew. Majestät in tiefster Dankbarkeit der reichen Förderung, welcher sich unsere Landwirtschaft unter dem mächtigen Schutze ihres allerhöchsten Schirmherrn erfreuen durfte und der glücklichen Entwicklung, welche der deutschen Landwirtschaft in 25 Friedensjahren in der geleiteten Regierung Ew. Majestät beschieden war. Namens der deutschen Landwirtschaft erneuern wir feierlich das Gelöbnis unwandelbarer Treue zu Kaiser und Reich mit dem innigen Wunsch: Gott schütze und segne auch fernerhin unseren Kaiser allweg! Der Präsident der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft: Graf von Wedel, Kaiserl. Statthalter.“

Sodann wurde zunächst der Jahresbericht für 1912 erstattet, der Rechnungsabluß vorgelegt und genehmigt und für 1916 Nürnberg, für 1917 Königsberg i. Pr. als Ausstellungsort vorgeschlagen. Alsdann wurde die Ergänzungswahl zum Präsidium vorgenommen und zwei Berichte über die Entwicklung und den Stand der Landwirtschaft in Elsaß-Lothringen und in Baden erstattet. — Die Besucherzahl der Wanderausstellung hat heute, am zweiten Tage, bereits annähernd 25 000 erreicht.

Aus Heer und Marine.

* Der Wechsel in der Leitung des Militärreiterinstituts in Hannover. Der so bedeutungsvolle und für die Entwicklung unserer Kavallerie so außerordentlich wichtige Posten des Chefs des Militärreiterinstituts in Hannover soll neu besetzt werden. Generalleutnant von Alten tritt in den Ruhestand und Oberst Seiffert, Kommandeur der Offiziersreitschule, der zur Vertretung des Generalleutnants von Alten bereits beauftragt ist, wird sein Nachfolger. Oberst Seiffert, der als Nachfolger des Oberstleutnants Heydemann nach Hannover gekommen ist, ist ein ganz hervorragender Kavallerist und ganz der Mann dazu, das verdienstvolle Werk Generalleutnants von Alten fortzusetzen. von Alten ist am 6. Oktober 1873 Leutnant, am 13. Januar 1883 Oberleutnant, 14. April 1889 Rittmeister, am 18. November 1897 Major, am 24. April 1904 Oberstleutnant, am 27. Januar 1907 Oberst und am 27. Januar 1911 Generalmajor geworden. Als Oberst und Oberstleutnant hat von Alten das 1. Garde-Ulanenregiment in Potsdam kommandiert und hat in dieser Eigenschaft dem Sport zwischen den Flügeln das lebhafteste Interesse entgegengebracht und für das Reiten in Gelände neue Bahnen und Wege gegeben. Als Major hat von Alten im 13. Ulanenregiment als etatsmäßiger Stabsoffizier unter Oberst von Seyden-Linden, dem Meister der Reikunst, und dem hervorragenden Grenzerreiter, den Deutschland je besessen, gebildet und hier sich bereits die Anwartschaft auf die Chefstelle in Hannover erworben. Sein Nachfolger, Oberst Seiffert, hat mehrere Jahre hindurch das Kürassierregiment von Seydlitz in Halberstadt befehligt (Bismarckkürassiere) und ist als Major Kommandeur der Offiziersreitschule in Baderborn gewesen, und hat in dieser Eigenschaft bewiesen, wie musterhaft er ein Institut leiten kann.

* Zum Regierungsjubiläum des Kaisers. Die Stadtverordneten von Bunzlau haben einstimmig u. ohne Debatte den Antrag des Magistrats angenommen, aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Befreiungskriege und des Regierungsjubiläums des Kaisers eine Jubiläumstiftung zur Förderung des Kleinwohnungswezens mit einem Kapital von 75 000 Mark zu errichten. — Der Vereinsverband akademischer Lehrer Deutschlands errichtete anläßlich des Regierungsjubiläums des Kaisers eine Stiftung von hunderttausend Mark.

* Aus dem Bundesrat. Im Bundesrat wurde die Vorlage betreffend Änderung der Grundzüge für die Besetzung von Beamtenstellen mit Militärämtern und der Entwurf von Bestimmungen über Strombeiräte den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Vorlage betreffend den Verkehrsverkehr mit Radfahrern, Stangen aus Eisen und Messing, sowie der Vorlage betreffend die Zuckersteuer und Vergütung für Gummitabak wurde zugestimmt.

* Der Zusammentritt des preussischen Landtags. Der „Reichs- und preussische Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine königliche Verordnung, die beide Häuser des preussischen Landtages zum 12. Juni einberuft.

* Streikausführungen. Im Stettiner Vorort Frauenhof ereigneten sich am Donnerstag abend große Ausschreitungen streikender Arbeiter. Als der Arbeiter Hermann Brandenburg seine Arbeit in der Zichorienfabrik von Weiß, wo seit einiger Zeit die Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten streiken, verließ, um sich nach Hause zu begeben, wurde er unterwegs von Streikenden beschimpft und tödlich angegriffen. Darauf zog Brandenburg ein Brotmesser und verletzte den Arbeiter Kühle durch einen Stich in den Unterleib so schwer, daß dieser bald darauf starb. Brandenburg wurde von einem Gendarmen festgenommen und nach dem Fabrikgebäude zurückgeführt. Eine Volksmenge von etwa 500 bis 600 Personen verlangte die Herausgabe Brandenburgs und versuchte die Fabrik zu stürmen, hob die Torflügel aus und schlug mehrere Fensterscheiben ein. Die Gendarmerie mußte verstärkt und Stettiner Schulleute mußten aufgeboten werden, die mit vorgehaltenem Revolver und blanker Waffe die Menge zurücktrieben. Aus der Menge fielen Schüsse auf die Beamten, von denen einer durch einen Streifschuß leicht verletzt wurde. Soweit festgestellt wurde, haben sich auch drei Streikende verbünden lassen. Gegen 11 Uhr kehrte allmählich die Ruhe wieder ein. Nach einer späteren Meldung ist der Arbeiter Brandenburg am Freitag aus der Haft entlassen worden. Man nimmt an, die Behörde stehe auf dem Standpunkt, Brandenburg habe in der Notwehr gehandelt. Im Laufe des gestrigen Tages wurde die Ruhe in der Fabrik nicht gestört.

* Auslaub.

Paris, 6. Juni. Die „Humanité“ veröffentlicht ein von Kriegsminister Etienne an die Korpskommandeure gerichtetes Rundschreiben, in dem darauf hingewiesen wird, daß einige Offiziere sich dazu hinreißen ließen, über die von der Regierung eingebrachte Militärvorlage unangünstige Urteile zu äußern. Die Korpskommandeure sollen deshalb die Offiziere daran erinnern, daß sie in der Äußerung ihrer Meinung äußerste Zurückhaltung zu beobachten haben. Jaurès bemerkt: Dieses Rundschreiben werde alle Offiziere unter Bewachung stellen und sei der fürstbarste Schlag, der gegen das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit geführt worden sei, denn das Schriftstück bedeute das offene Geständnis, daß eine große Zahl republikanisch gesinnter Offiziere Gegner der dreijährigen Dienstzeit seien.

Paris, 6. Juni. Jaurès brachte in der heutigen Kammer Sitzung seinen Gegenentwurf gegen die Regierungsvorlage über die dreijährige Dienstzeit ein. Jaurès beantragte: 1. Vom 1. Oktober 1914 angefangen, dauert die aktive Tätigkeit nur 18 Monate. 2. Die jungen Leute von 17 bis 21 Jahren sind bei Einberufung der Militärbehörde verpflichtet, jeden Monat eine ein tägliche militärische Übung abzuleisten. 3. Die Reservisten werden außer der durch das Gesetz von 1905 bestimmten Dienstübung jedes Vierteljahr zu zweitägigen militärischen Übungen einberufen. 4. Vom Oktober 1916 angefangen, dauert die Militärdienstzeit ein Jahr und vom Oktober 1918 angefangen sechs Monate.

London, 6. Juni. Die Blätter haben eine amtliche Bestätigung der Meldung erhalten, daß der Deutsche Armgard Karl Grados, der wegen Spionage am 23. Juli 1912 in Edinburgh zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, vor einiger Zeit freigelassen worden ist. Die Behörden lehnen die Auskunft darüber ab, wann und warum die Freilassung erfolgt ist.

London, 6. Juni. Die Zeitungen beschäftigen sich mit den jüngsten Erklärungen Churchills über die Beschießung des britischen Flottenprogramms. Die „Times“ schreiben: Die Beschießung des britischen Programms ist nur als provisorische Maßregel ausreichend. Sie ändert nicht die Tatsache, daß 8 und nicht 5 neue Schiffe im Jahre 1916 für die weltweiten Bedürfnisse des Reiches gefordert werden, so daß daher 8 und nicht 5 Schiffe vor dem nächsten Frühjahr auf Stapel gelegt werden müssen. Wir erwarten, daß Mr. Churchill dies in seiner nächsten Antrittsrede, die er für den Etat des Schiffsbaues zugesagt hat, unmissverständlich klar machen wird. Es ist bemerkenswert, daß die Notwendigkeit, diese Lücke auszufüllen, eine internationale Debatte erneuert hat, die von allen wahren Freunden des Friedens beklagt wird, aber die Lage läßt uns keine Wahl, und wir müssen auf das bessere Einvernehmen rechnen, das glücklicherweise jetzt zwischen uns und dem deutschen Volke besteht, um einen erneuten Ausbruch des Argwohn in der beiderseitigen Presse zu verhindern. — „Daily Chronicle“ meint, Churchills Erklärung bedeutet tatsächlich eine ernsthafte Vermehrung unserer Flotte und ihrer Kosten und wird als solche von den Liberalen mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden. Churchill sagt einerseits, daß der Maßstab der britischen Seemacht ein Verhältnis von 10:6 Linien Schiffen im Vergleich zu der nächst stärksten Seemacht bilden solle, andererseits gebrauchte er eine neue Phrase von „weltweitem Schutz des britischen Reiches“, zu

dem die Dreadnoughts der Dominions beisteuern könnten. Das „Daily Chronicle“ fordert eine möglichst genaue Definierung dieses „weltweiten Schutzes“, sonst verliere der britische Grundgedanke des Verhältnisses von 10:6 jede Bedeutung. Wenn England 10 Schiffe gegen 6 deutsche baue und außerdem beliebig viele zum Schutze des Reiches, so liege in dieser Haltung eine Unaufrichtigkeit sowohl gegen den britischen Steuerzahler als gegen das deutsche Marineamt.

St. Petersburg, 4. Juni. Bei Beschluß der Generaldebatte über den Etat des Ministeriums des Innern nahm die Reichsduma mit 104 gegen 117, bei 23 Stimmenthaltungen, eine Tagesordnung der Oktobristen an, welche gegen die Ausnahmebestimmungen und Willkürhandlungen der Behörden und die Förderung des Nationalitätenhaders protestiert und das Ministerium des Innern beschuldigt, die Achtung des Volkes vor dem Gesetze und der Staatsgewalt zu untergraben, die die oppositionelle Stimmung im Lande erhöhen. Zum Schluß wird die schleunige Durchführung umfangreicher Reformen gefordert.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 7. Juni.

Seine königliche Hoheit der Großherzog reifte heute vormittag 8 Uhr 38 Minuten zur Besichtigung der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft nach Strassburg. Höchstselbst gedenkt heute abend 6 Uhr 38 Minuten wieder hier einzutreffen.

* Landtagsabgeordneter Blümmel † In Ettlingen starb heute vormittag der Landtagsabgeordnete Real- schuldirektor Prof. Blümmel (Zentrum) an einem Herzschlag. Er war am 21. August 1861 in Seddenheim geboren, studierte in Heidelberg und Freiburg und war seit 1885 im Schuldienst beschäftigt. Der Zweiten Kammer gehörte er seit 1899 an.

* Die sieben ausgegebene Nr. III des Verordnungsblattes des Großherzogs der Israeliten enthält die Anordnung, daß das 25 jährige Regierungsjubiläum Seiner Majestät des Kaisers am Samstag, den 14. Juni, im vormittägigen Hauptgottesdienst durch eine besondere Dankagung und Fürbitte zu feiern ist. Ferner veröffentlicht der Oberrat einen Aufruf, wonach aus Anlaß des Jubiläums, entsprechend den Sammlungen der anderen Konfessionen für ihre Missionsgesellschaften, bei den Angehörigen des israelitischen Religionsbekenntnisses eine Sammlung zugunsten des Hilfsvereins der deutschen Juden stattfindet und zur regen Beteiligung daran eingeladen wird. Auch die kleinste Gabe wird mit Dank entgegen genommen. Aus den eingehenden Beträgen wird ein eigener Jubiläumsfonds errichtet, der für den Ausbau des bekanntlich nicht nur in jüdischen Kreisen sich weitgehender Sympathien erfreuenden Schulwerks des Hilfsvereins im Orient bestimmt sein soll. Unterzeichnet ist der Aufruf von den badischen Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses und des Zentralkomitees des Hilfsvereins der deutschen Juden.

* Personalnachrichten aus dem Ober-Postdirektionsbezirk Karlsruhe. Angenommen zum Postanwärter: Otto Koch in Mannheim; zum Telegraphenanwärter Karl Hanlofer in Mannheim; zu Telegraphengehilfinnen Anna Groß in Heidelberg, Anna Jeller in Mannheim; zu Postagente Emil Elser in Ruffheim, Joseph Pfisterer in Stupferich. — Ernannt zu Postassistenten die Postgehilfen Johann Frenk in Baden-Lichtensthal, Nikolaus Gutfleisch in Mannheim, Karl Haas in Karlsruhe-Mühlburg, Karl Meßger in Durlach; die Postanwärter August Frank, Wilhelm Gramlich, Franz Gaebele, Otto Binai in Mannheim; zu Telegraphenassistenten Franz Bau, Anton Meich in Mannheim. — Staatsmäßig angestellt die Telegraphengehilfin Anna Weismüller in Mannheim. — Verleitet die Postassistenten Max Eberle von Mannheim nach Heidelberg, Emil Herbold von Karlsruhe nach Baden-Baden, Johann Förcher von Karlsruhe nach Bruchsal, Franz Litsch von Schwetzingen nach Karlsruhe, Wilhelm Popp von Forzheim nach Mannheim, Emil Schaub von Forzheim nach Ettlingen; der Telegraphenassistent Hans Fleck von Karlsruhe nach Baden-Baden. — Freiwillig ausgeschieden: die Telegraphengehilfin Elisabeth Kallenhäuser in Heidelberg.

Aus der Residenz.

* Bürgerliche Feier des Geburtstags des Großherzogs. Der Festausflug für die bürgerliche Feier des diesjährigen Geburtstags des Großherzogs schlug der gestrigen Stadtratsitzung vor, am Dienstag den 8. Juni, abends halb 9 Uhr, im Stadtpark ein Gartenfest mit Tanz zu veranstalten. Bei schlechtem Wetter soll die Feier in der Festhalle stattfinden. Der Stadtrat hieß die Vorschläge mit der Maßgabe gut, daß für das Stadtgartenfest zum Zwecke der Kontrolle ein einheitliches Eintrittsgeld von 10 Pf. für die Person (einschließlich Kinder) erhoben wird. Falls die Feier in der Festhalle abgehalten werden muß, soll jedermann unentgeltlich Zutritt haben.

* Ausstellung von Arbeiten der Holzschneiderei des badischen Schwarzwalds. Der Rückgang der einst hochgerühmten Schnitzkunst im Schwarzwald bildet seit langer Zeit den Gegenstand berechtigter Klagen, die auch wiederholt in den Landtagsverhandlungen zum Ausdruck gekommen sind. Nach einer im Herbst des letzten Jahres veranstalteten von den Schnitzern reich besuchten Besprechung entschloß sich das Landesgewerbeamt, einen Wettbewerb für badische Holzschneider zu veranstalten, für welchen 10 Preise im Gesamtwert von 500 M. ausgesetzt wurden; außerdem wurden lobende Anerkennungen in Aussicht gestellt. Die Wahl des Gegenstandes war freigegeben, Bedingung war nur, daß er in das Gebiet der Holzschneiderei gehört und ihm eigene Ideen des Verfertigers zugrunde liegen. Verlangt wurde weiter, daß die Arbeiten sich für den Handel eignen; im übrigen war Holzart, Schnitzart, Zeichnung einfache oder reichere Ausstattung ufm. ebenfalls freigegeben. Als Frist für die Ablieferung wurde der 15. Mai d. J. bestimmt. Bis zu diesem Tage sind insgesamt 74 Arbeiten beim Landesgewerbeamt

eingelaufen. Das Preisgericht, das unter dem Vorsitz des Direktors der Kunstgewerbeschule hier, aus Praktikern der Schnitzerei zusammengesetzt war, hat für 11 Arbeiten Preise in der Höhe von 25 bis 75 M. und 7 weiteren Arbeiten lobende Anerkennung zuerkannt. Einige vortreffliche Arbeiten konnten, weil deren Verfertiger dem Preisgericht angehörten, an dem Wettbewerb nicht teilnehmen. Die zum Wettbewerb eingekommenen Schnitzereien sind bis auf weiteres in der Landesgewerbehalle zur unentgeltlichen öffentlichen Besichtigung ausgestellt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 7. Juni. (Budgetkommission.) In der heutigen Sitzung wurde § 17 der Deckungsvorlage in der Fassung des Zentrums angenommen mit dem Zusatz, wonach der Vermögenswert von Jagdrechten bei der Bewertung von Grundstücken besonders in Anschlag zu bringen ist. Auch § 16 wurde angenommen, sowie ein Zusatzantrag zu § 12, wonach die gemeinnützigen Gesellschaften von dem Beitrag ganz befreit sind.

Strassburg, 7. Juni. Bei idealem Ausstellungswetter brachte der heutige 3. Ausstellungstag einen namhaft gesteigerten Zuweg von Besuchern namentlich aus dem benachbarten Baden, viele darunter in der malerischen Tracht des Schwarzwaldes. Kurz vor 10 Uhr traf auf dem Bahnhof Neudorf der Großherzog von Baden ein, um sich sofort nach dem Ausstellungsgelände zu begeben. In der Umgebung des Großherzogs auf der Haupttribüne vor dem Vorführungsring befanden sich unter anderen: der badische Minister des Innern Dr. Freiherr von Bodman, der preussische Staatssekretär Dr. Delbrück, die Landeskommissäre von Freiburg und Konstanz, sowie Staatssekretär Born von Durlach. Nach einer Begrüßungsansprache des kaiserlichen Statthalters, die mit einem Hoch auf den Großherzog schloß, begann der Guldigungsakt der Bauern des Hanauer Landes (der Gegend von Kehl, Offenburg und Bühl) vor ihrem Großherzog, eine Ovation, die in ihrer Schlichtheit und Wärme von tiefer Wirkung war. Sechzig stramme Bauern, heritten und in Hanauer Tracht, sprengten in den Ring und stellten sich, geführt von Bürgermeister Baumert von Hesselhurst, ebenfalls auf Pferde und geschmückt mit der Amtskette und seinen Kriegsdekorationen, gegenüber dem Großherzog auf, vor ihnen hundert Hanauerinnen in Tracht mit der charakteristischen Flügelhaube, mit Samtmieder und blumengestickter weißer Schürze. Der Bürgermeister ritt vor die Estrade und richtete an seinen Landesfürsten in freier Rede herzliche Guldigungsworte, ihn der Treue seiner Hanauer und ihrer deutschen Gesinnung versichernd. Der Großherzog dankte seinen Landesfürsten für die originelle Befundung ihrer Treue, versicherte sie seiner landesväterlichen Fürsorge und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, den Schirmherren des gesamten Vaterlandes. Dann zogen die Hanauer nochmals grüßend vorüber, worauf die Vorführung der prämierten Pferde und Zuchttiere ihren Anfang nahm.

London, 7. Juni. Wie die Zeitungen melden, wird der Prinz von Wales am 1. Juli nach Deutschland reisen. Er wird ungefähr 6 Wochen in Deutschland bleiben und zwar wird er während des größten Teils der Zeit Gast des Großherzogs und der Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz sein.

Katerlon, 7. Juni. Der Redakteur eines Arbeiterblattes, der den Streik in der hiesigen Seidenindustrie unterstützt hatte, ist zu einer Gefängnisstrafe von 1—15 Jahren, je nach guter Führung und zu einer Geldstrafe von 250 Dollar verurteilt worden, weil er zu Feindseligkeiten gegen die Regierung aufgereizt hatte. Die Verurteilung erfolgte auf Grund eines Gesetzes, das unmittelbar nach der Ermordung des Präsidenten Mac Kinley gegeben wurde und das in diesem Falle zum erstenmal angewendet worden ist.

Ottawa, 7. Juni. Der kanadische Premierminister gab im Unterhaus die Erklärung ab, daß die Regierung später die Flottenvorlage von neuem einbringen werde. Das Parlament hat sich verlagert.

Luftschiffahrt.

Friedrichshafen, 7. Juni. Das neue Zeppelinluftschiff „L. 3. 19“ ist heute vormittag kurz nach 9 Uhr zu seiner ersten Probefahrt aufgestiegen.

Mitteilungen aus Kunst und Wissenschaft.

* Das Ende der Berliner Sezession. Die für Freitag anberaumte Generalversammlung der Berliner Sezession hat, noch ehe sie richtig eröffnet war, ein jähes Ende gefunden, die Sezession hat in ihrer bisherigen Gestalt zu bestehen aufgehört. Die Mehrheit hat die Weigerung der oppositionellen Minderheit, ihren Austritt zu erklären, mit ihrem eigenen Austritt beantwortet.

* Als neuer Oberregisseur der Metropolitan Opera in New York wurde Dr. Franz Ludwig Hörth, der leitende Opernregisseur des Freiburger Stadttheaters, berufen. Dr. Hörth, geboren 1883 zu Frankfurt a. M., verdankt sein künstlerisches Ansehen u. a. seiner stilisierteren Neujahrskonzerte des Rings.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

 **Verlobungs- u. Hochzeits-Geschenke**
Reiche Auswahl eingetragener Bilder in allen Preislagen
E. Büchle Inh. Kunsthandlung u. Rahmenfabrik
W. Dortsch Kaiserstraße 128

Todes-† Anzeige.

Von tiefstem Schmerze erfüllt, teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht mit, daß unser innigst geliebter Gatte, Vater, Schwager, Bruder und Neffe

Herr Philipp Blümmel

Realschuldirektor und Landtagsabgeordneter

heute morgen durch einen Schlaganfall plötzlich uns entrissen wurde.

Ettlingen, Freiburg, Durlach, Bühl, Karlsruhe,
den 7. Juni 1913.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau **Lina Blümmel** geb. Lindau
mit 9 Kindern.

Albertine Lindau,

Helene Lindau,

Josef Blümmel,

Alfons Blümmel,

Frau **Emma Stolz.**

Hermann Stolz, Geh. Oberbaurat.

Die Beerdigung findet Montag den 9. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Friedhofkapelle aus in Ettlingen statt. E.941

Todes-Anzeige.

Tieferschüttet machen wir die Mitteilung, daß heute morgen 1/29 Uhr unser hochverehrter Direktor

Herr Landtagsabgeordneter Philipp Blümmel

am Herzschlag verschieden ist.

Die Schüler verlieren in dem Heimgegangenen einen väterlichen Freund und trefflichen Lehrer, das Lehrerkollegium einen wohlwollenden und liebenswürdigen Vorgesetzten.

Ettlingen, den 7. Juni 1913.

**Das Lehrerkollegium
des Realprogymnasiums mit Realschule.**

Beerdigung: Montag nachmittag 5 Uhr in Ettlingen. E.940

Nassauerhof Wiesbaden

Weltbekanntes Hotel u. Badehaus I. Ranges

(gegenüb. d. Kurhaus u. Kgl. Hoftheater) neu erbaut u. eingerichtet. Wohnungen m. eig. Bad, 2 groß. Badhäuser, direkter Zulauf aus den Wiesbad. Thermen, alle medizinische Bäder und heilgymnastisches Institut. Durch seine Südlage auch für Winterkuren besond. geeignet. Vornehmstes Familienhaus. Im Winter ermäßigte Preise. Zimmer mit einem Bett v. 4 M., m. 2 Betten v. 8 M. Vollständ. Pension v. 10 M. Man verlange Prosp.

Moderne Hochleistungs-Dampfkessel- Anlagen

DAMPFKESSELFABRIK vorm. Arthur Rodberg
AKTIEN-GESELLSCHAFT
DARMSTADT. E.111

Turbinen für alle Gefälle und Wassermengen.
:: Größte Leistungsfähigkeit. ::

Ö druckregulatoren
für Geschwindigkeit und Wasserstand.

Escher Wyß & Cie., Ravensburg (Württbg.)

In den Fabriken der Firma bis jetzt 5200 Turbinen mit zusammen 2350000 PS. ausgeführt, mehr als irgend eine andere Turbinenbaufirma, für Gefälle von 0,6 bis 930 m, darunter zahlreiche Anlagen für staatliche und städtische Behörden. D.921
Gründung der Fabrik in Ravensburg 1857. — Ingenieurbureau Freiburg i. B.: Schwimmbadstraße 42.

Übergrößen

Unsere Continental-Uebergrößen bedeuten in der Praxis nicht nur keinen Ueberpreis, sondern durch längere Haltbarkeit sogar eine wesentliche Ersparnis

Ohne Rad- oder Felgenumbau können unsere Uebergrößen auf die kleineren Felgen montiert werden.

125 mm Uebergröße passt auf 105 mm Felge

135 mm Uebergröße passt auf 120 mm Felge

Um der überaus regen Nachfrage gerecht zu werden, haben wir unsere Fabrikation erheblich vergrößert.

Sie fahren komfortabler und billiger, wenn Sie Ihren Wagen montieren mit

Continental Übergrößen



Continental - Caoutchouc- und
Gutta-Percha-Co., Hannover.



Bad Neuenahr Hotel Germania

nah den Quellen u. den Kuranlagen. Mod. Einricht. Zentralheiz. Elekt. Licht. Garage. Groß. schön. Gart. Maß. Preise. Brosch. durch H. Seckler, Egr.

Landhaus

(St. Willa) zu verkaufen, schön gelegen, ganz neu, massiv gebaut 5 resp. 7 Zimmer, Küche, Bad etc. Gehter Preis Mk. 24000, sehr günst. Gelegenheit. Näb. unt. H. F. Nr. 40 poste restante Baden-Baden. E.905.3.1



Residenz-
Theater
Waldstraße 30.

Das vornehmste Lichtspieltheater, einzig am Platze. Bequeme Klappsessel v. Thonet in Wien in weitgehendster Raumeinteilung. Durch einen Riesenventilator findet beständig reichlicher Luftwechsel statt. Ozon (aktiver Sauerstoff) welcher in geringem Maße in der atmosphärischen Luft sich befindet, wird durch Elektrizität hergestellt und der Luft im Saal als vortreffliches Luftreinigungsmittel zugeführt.

Die einzelnen Aufführungen werden nach dem jeweiligen Charakter von einem in der Technik vollendetsten Welt-Mignon-Klavier begleitet. (E.936)

Programm

von Samstag, den 7. bis inkl. Dienstag, den 10. Juni:

In der Dämmerung.
Spannende psychologische Studie in 3 Akten.

Pathé Journal

berichtet über die neuesten Weltereignisse.

Moritz gegen seine Schwiegermutter.
Humoreske gespielt von Prince.

Die Tochter des Seemanns.
Drama.

Die Grillen.
Naturaufnahme.

Die Tigerkralen.
(Amerik. Aufnahme.) Komödie.

B. & S. Baer Karlsruhe i. B.

Telephon Nr. 748 Kaiserstr. 233

Vornehmes Spezialgeschäft für eleganten Damenpuß

: Permanente Ausstellung :
der letzten Saison-Neuheiten

Spezialität: Panamahüte
Englische u. Wiener Chapellerie.

E.363

Weinversteigerung Weingut Hölhof

Am Mittwoch den 18. Juni 1913, vorm. 11 1/2 Uhr, versteigern wir im Gasthof zur Linde (Bes. Dillger) in Oberkirch von unserem reichhaltigen Lager einen größeren Posten Weine älterer Jahrgänge, darunter unsere bekannt vorzüglichen 1911er Qualitäts-Weine. Telephon 37. E.939
Herwarth von Bittenfeldsche Guts-Verwaltung.

An die verehrlichen Bürgermeisterämter!

Schläuche für Feuerlöcher und Hydranten in allen Arten und Dimensionen, sowie alle Arten Verkupplungen und Verbindungen, Pechfackeln, Wachs-fackeln, Pechkränze, Schlauchpflaster etc. — Belte, lachgemäße Bedienung. — Viele Anerkennungen und langjährige Beziehungen mit den Gemeinden.

ADOLF WERNER, Karlsruhe-Mühlburg,
Schlauchweberei und Pechfackelfabrik.

Sämtliche Impressen für freiwillige Feuerwehren

Stammrolle, 4seitig, das Stück 10 Pfg., Einleitungs-Journale, 4seitig, das Stück 8 Pfg., Bestandsberänderung, 4seitig, das Stück 8 Pfg., Beschlüsse über die zur Deforierung für langjährige Dienstzeit vorgeschlagenen Feuerwehrmänner, 4seitig, das Stück 15 Pfg., Impressen für Löschinspektoren, 2seitig, das Stück 10 Pfg. 62.V
Zu beziehen von

Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei
in Karlsruhe, Karlsruhstraße 18.